

Helmut Martens

**Am Ende der
industriekapitalistischen
Wachstumsdynamik -
Refeudalisierung oder Überwindung
des Kapitalismus**

Teil 1

Schreiben in Zeiten epochaler Umbrüche - Eine Einleitung

- **Epochenbruch und Politik des Übergangs**

Wir leben in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche. Manchen scheint die Zeit wieder einmal „aus den Fugen zu geraten“. In den Debatten des „Forums Neue Politik der Arbeit“ hatten wir schon um die Mitte der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts in den „Spandauer Thesen“ das Konzept des „Epochenbruchs“ auszuarbeiten begonnen (Glawe u.a. 2006.). Seit der Mitte der 1970er Jahre, so meinten wir, hatte er sich mit der Krise der tayloristisch-fordistischen Produktionsweise des fortgeschrittenen Industriekapitalismus zu vollziehen begonnen. Und mit dem Ende des New-Economy Hype zu Beginn des Jahrtausends wurde unseres Erachtens erkennbar, dass das neoliberale Projekt, in das der Epochenbruch nach der sozialen Bewegung der 1968er Jahre und den späteren neuen sozialen Bewegungen im Zeichen von Ökologie und Feminismus gemündet war, zunehmend krisenträchtig wurde. Mittlerweile wird der Begriff des Epochenbruchs vielfach verwendet. Nach Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 war auf Seiten wichtiger kritischer Beobachter und sogar in den herrschenden politischen Parteien von einer „Zeitenwende“ (vgl. Martens 2010, 29ff) die Rede gewesen. Für manche (exemplarisch Habermas 2008) verband sich damals mit diesem Begriff die Hoffnung auf einen ökonomischen Paradigmenwechsel. Paul Krugmans (2009) Analyse der „neuen Weltwirtschaftskrise“ mündete in die Erwartung einer Wiederkehr von Keynes. Doch der herrschende Politikbetrieb lief, nach kurzer Irritation unbeirrt den neoliberalen Glaubenssätzen folgend, in den gewohnten Bahnen weiter. In Europa haben wir mittlerweile den „Triumph gescheiterter Ideen“ (Lehndorff 2012a) erleben müssen. Die ökonomische Krise hat sich von der Weltfinanz- über die Weltwirtschafts- zur Schuldenkrise weiterentwickelt. Die Politik behauptet so, von den Medien bereitwillig flankiert, die hohen Staatsverschuldungen verschiedener Mitgliedsstaaten der EU, insbesondere in Südeuropa, resultierten daraus, dass die Menschen dort über ihre Verhältnisse gelebt hätten, während doch tatsächlich die Rettung „systemrelevanter“ Banken mit Steuergeldern die entscheidende Ursache für diese Entwicklung ist. Immerhin sind drohende Katastrophale Folgen der aus einer geplatzten Spekulationsblase heraus ausgelösten Weltfinanzkrise für

die Realwirtschaft so zunächst verhindert worden. Die deutsche Wirtschaft – mit ihren qualitativ hochwertigen Produkten stark auf den globalen Märkten – kann noch von der europäischen Schuldenkrise profitieren (Heine/Sablowski 2015). Aber die ökonomische und politische Krise der EU kann so nur durch das Kaufen von Zeit verschleppt werden (Streeck 2013). Sie „müsste eigentlich längst, so Karl Georg Zinn (2015), als das erkannt worden sein, was sie ist: als „auslaufende Akkumulationsdynamik“. Aber Politik und Mainstream-Ökonomie „sind viel zu stark in die Status-quo-Reproduktion verwoben, um die endogene Selbsttransformation der industriekapitalistischen Akkumulation“ als „prinzipiell irreversibles Geschehen“ erkennen zu können, das neue Antworten erfordert (a.a.O., 41 und 87). Doch, so das Fazit von Zinns Analyse, ein Paradigmenwechsel werde sich in den nächsten Jahrzehnten vollziehen müssen. Eine „Politik des Übergangs“ sei unausweichlich.

Für die Gegenwart allerdings gilt: „Massenarbeitslosigkeit, insbesondere der jungen Generation, zunehmende Ungleichverteilung, Verlust an sozialer Sicherheit, Migrationsbewegungen, Verschleudern öffentlichen Vermögens durch Privatisierung, korruptionsverdächtige ‚Führungskräfte‘, weiße und schwarze Kragenkriminalität, Terrorismus usw. knäulen sich zu einer dunklen Problemwolke, von der sich wachsende Teile der Gesellschaft bedroht fühlen.“ (a. a. O. 108) Und diese dunkle Problemwolke ballt sich angesichts der vielfältigen, analytisch unterscheidbaren, aber doch miteinander verschränkten, Krisenentwicklungen immer deutlicher zusammen. Unverändert werden soziale Spaltungsprozesse in Europa vertieft. Instabilitäten nehmen zu. Spürbar werden sie vor allem an der südlichen und östlichen Peripherie; aber die Krise ist in Gestalt der Flüchtlingskrise nun auch im bislang ruhigen „Zentrum des Sturms“ angekommen. Neu ist im Winter 2015/16, dass die heimatlos gemachten Menschen es mittlerweile bis in die Mitte Europas schaffen – nicht aber der Umstand, dass sie – in Syrien offenkundig in der Folge einer verfehlten Geopolitik der USA als des Welthegemons, der seine Position zu sichern sucht - heimatlos gemacht werden (Kipping 2016).

In den öffentlichen politischen Debatten, und ebenso in den spezialdisziplinären Diskursen der Sozialwissenschaften, wird der innere Zusammenhang der multiplen Krisenprozesse gewöhnlich nicht sichtbar. Anschließend an Pierre Bourdieus Analysen der „verborgenen Mechanismen der Macht“ (Bourdieu 2005) könnte man in Bezug auf die öffentlichen Diskurse sagen, dass deren „Themen und Gegenstände“ ganz wesentlich „mit Hilfe von Umfragen und Interviews“ medial durchgesetzt (a. a. O. 88) und „Umfragen so „eine der subtilsten Waffen von Herrschaft“ werden (a. a. O. 129). Und die „Politiker, die auf die Presse und ihre Meinungsumfragen starren“, entdecken dann „die grundlegenden Probleme (erst) durch Krisen

und immer zu spät.“ Sie bemerken, so schreibt Bourdieu weiter, „die Drift der Kontinente, die Tag für Tag Millimeter für Millimeter sich vorwärtsbewegen, wenn es ein Erdbeben gibt“ (a. a. O. 132). Im Falle der Flüchtlingskrise hat sich das einmal mehr eindrucksvoll bestätigt. Im Übrigen ist Bourdieus weitere, 1982 – also zu Zeiten des letzten ernstlichen Versuchs einer nationalstaatlichen Regierung, nämlich der Francois Mitterands, zur Durchsetzung Keynesianischer Wirtschaftspolitik – getroffene Feststellung, die Politiker“ hätten „ein bisschen Ökonomie gelernt, (sein) dafür (...) aber in Soziologie meist ziemliche Nullen“(a. a. O: 101), heute, im Blick auf den ersten Teil dieser Aussage, schwerlich aufrechtzuerhalten. Angesichts der vorherrschenden neoliberalen Marktgläubigkeit und des Gedächtnisschwunds gegenüber den heute ja Verfügbaren Lehren aus der Weltwirtschaftskrise von 1929ff liegen die Dinge offenkundig anders. Keynesianische Krisenanalysen (Krugman 2009 u. 2012, Stiglitz u. a. 2012), schon gar solche, die den „ganzen Keynes“ zugrunde legen (Zinn 2007, 2013 und 2015), werden schlichtweg beharrlich ignoriert.

Was schließlich die wissenschaftlichen Debatten anbelangt, so werden in ihnen ökonomische, ökologische, und politische Problembereiche oder Krisenprozesse weitgehend getrennt voneinander behandelt, und letztere werden dann nochmals in einerseits zögerliche Debatten über die Krise der Demokratie und andererseits solche über wachsende außenpolitische Unsicherheiten untergliedert, die als Folge einer „Wiederkehr der Geopolitik“ (Fischer 2015) oder als Ergebnis des islamistischen Terrorismus behandelt werden.

Europapolitisch haben sich die Debatten in der ersten Jahreshälfte 2015, also vor der Flüchtlingskrise, auf die Austeritätspolitik als den „Triumph gescheiterter Ideen“ einerseits und auf die Frage nach der demokratischen politischen Verfasstheit der europäischen Institutionen andererseits zugespitzt. Jürgen Habermas ist einer der wenigen prominenten Beobachter, die mit großer Beharrlichkeit die ökonomische und politische Krise der EU zum Thema gemacht und sich gegen die Einengung der Debatte auf die Fehlkonstruktion der isolierten Währungsunion gewendet haben (Habermas 2013b, 2014a und b, 2015a und b) – und der mit seinen Analysen auch noch außerhalb des engeren wissenschaftlichen Diskurses zur Kenntnis genommen wird. Aber auch hier gewinnt man in den einschlägigen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften immer wieder den Eindruck, dass man es mit Debatten zu tun hat, die vom Denken Niklas Luhmanns, also Habermas Gegenspieler aus den 1980er Jahren, immer noch nachhaltig beeinflusst sind. Ganz dessen systemtheoretischer Sicht der Dinge folgend, fokussieren die Debatten auf Entwicklungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsystemen, und zielen deshalb nicht darauf, die gegenwärtigen Krisenentwicklungen auf wechselseitige Zusammenhänge hin

zu betrachten. Und so steht – aktuell von der Dramatik der Flüchtlingskrise überlagert – auch wieder die ökonomische Krise im Mittelpunkt vieler Diskussionen. Die drohende Klimakatastrophe ist selten ihr Thema – und wie weit die Absichtserklärungen der Politik, die es seit der Weltklimakonferenz von Paris immerhin gibt, tragen werden, steht dahin. Der Primat, und dementsprechend in besonderer Schärfe heute die Krise der Politik schließlich, werden im öffentlichen Diskurs kaum betont und nur ausgesprochen zögerlich analysiert. Statt die Krise als Herausforderung und Chance zu Weiterentwicklungen nüchtern zu analysieren, wird lieber die Stabilität unserer parlamentarischen Demokratie gegenüber allen Anfeindungen beschworen.

Kennzeichnend ist also hier wie dort, in den wissenschaftlichen Diskursen wie auch in der politischen Praxis ein „Muddling through“. Und in den öffentlichen Diskursen, also hierzulande etwa in den diversen allwöchentlichen Talkshows, wird der „immer gleiche Meinungsbrei mit dem immer gleichen Personal beständig neu aufgerührt“, wie Habermas (2011a) zutreffend festgestellt hat. Aber der „Triumph gescheiterter Ideen“ oder das „befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011) beruhen mittlerweile nicht mehr auf großartigen Zukunftsversprechen des neoliberalen Projekts, wie sie uns noch zu Beginn des Jahrtausends gemacht worden sind, als noch geradezu euphorisch die „Chancen der New Economy“ für die fortgeschrittenen industriellen Arbeitsgesellschaften gefeiert wurden. Deckstein/Felixberger (2000) sprachen damals geradezu vom definitiven Triumph der Aufklärung. Unter den Bedingungen neuer Arbeit werde „der Mensch (...) die letzte Hürde (...) auf dem langen Weg aus seiner – um mit dem Philosophen der Aufklärung, Immanuel Kant, zu reden – ‚selbstverschuldeten Unmündigkeit‘“ nehmen (a. a. O. 37). Doch gerade durch das neoliberale Projekt, das als solches in ihrem Buch bewusst nicht diskutiert wird (a. a. O. 9), wird der Gegensatz zwischen zwei grundlegenden Rationalitäten im Feld von Arbeit und Wirtschaft zugespitzt. Die Logik der Ökonomie, also die Schaffung von Werten, kommt auf entbetteten Märkten immer ungehemmter zur Entfaltung, und die Logik der lebendigen Arbeit, nämlich die der Entfaltung von Kooperation, kann sich in den immer rascher aufeinander folgenden Restrukturierungsprozessen in Wirtschaft und Verwaltung zunehmend schwerer behaupten. Mittlerweile ist angesichts der entfesselten Macht der ersten dieser beiden Rationalitäten von neuen Pathologien der Arbeit die Rede (Jaeggi/Kübler 2014), und psychosoziale Belastungen rangieren unter den Ursachen arbeitsbedingter Erkrankungen an der Spitze. Ihre Bewältigung stellt Arbeitspolitik und Arbeitswissenschaften vor neue Herausforderungen (Georg/Peter 2016).

Angesichts der „dunklen Problemwolke“ erleben wir heute die Kurzatmigkeit des herrschenden Politikbetriebs - fast den systemtheoretischen Analysen

Luhmanns, die sie ideologisch festschreiben (kritisch Martens 2013, 165-181), entsprechend - und ebenso die der sie flankierenden medial organisierten öffentlichen Diskurse. Zugleich klammert sich noch immer alles an das alte lineare Fortschrittsdenken und – nachdem die Fortschrittsgläubigkeit der alten, vergangenen Arbeiterbewegung dahin ist, wenigstens noch an Mythen eines stetigen technologischen Fortschritts. Allerdings beginnen die Menschen in einer Gesellschaft, die angesichts der „Metamorphosen der Lohnarbeit“ (Castel 2000) und ihrer bestenfalls verschleppten, jedoch in keiner Weise bewältigten ökonomischen Krisen mit einer fortgesetzten Zerstörung früherer sozialer Sicherheiten in der Folge „ihr Morgen zu verlieren“ droht (a. a. O. 379-400), ihre Hoffnungen vornehmlich darauf zu richten, wenigstens erreichte soziale Besitzstände zu verteidigen. Und so ist es eher die Warnung vor unabsehbaren Risiken etwaiger Experimente, mit denen das „Weiter—so“ der herrschenden Politik erfolgreich durchgesetzt wird. Die Folgebereitschaft der Menschen beruht somit wieder einmal auf einer erfolgreichen „Bewirtschaftung der menschlichen Ängste“, die „zu den bedeutendsten Quellen der Macht von Menschen über Menschen gehört“ (Elias, 1991, 57).

- **Neue Soziale Protestbewegungen, Krisenzeiten als Erkenntniszeiten und die eigene Rolle als Intellektueller**

Die Jahre 2010/11 können angesichts dieser Lage als der Beginn eines neuen Protestzyklus angesehen werden (Roth 2012, Azzellini 2014). Wir haben neue soziale Protestbewegungen, die in ihrer Heftigkeit nur mit den Bewegungen von 1968 und – auf Osteuropa bezogen - 1989 zu vergleichen sind. Die Proteste reichen von Tunesien im Dezember 2010 und dem dadurch ausgelösten arabischen Frühling über die neuen sozialen Protestbewegungen in Südeuropa (Spanien, Griechenland, Portugal 2011ff) nach Israel 2011 und in die USA (Occupy Wallstreet), finden sich auch in Südosteuropa und in den Folgejahren auch in der Türkei und in Brasilien. Kennzeichnend für die neuen Protestbewegungen sind, wie Roth ausführt, jedenfalls im Zuge ihrer raschen Entfaltung im Jahr 2011, ihre Vernetzungsdichte, hohe Spontanität und hohe Dynamik. Der Protest entwickelt sich so in Gestalt nicht linearer Systeme. Die Protestierenden machen die Erfahrung, dass sie über die Bildung von Netzen Macht entfalten können und dass sich Macht so neu definiert. Aber sie machen auch ihre Erfahrungen mit der herrschenden „Gewalt des Zusammenhangs“ (Negt/Kluge 1981, Teil III).

Wie die Kraft der neuen sozialen Protestbewegungen nach dem Ende des kurzen Sommers dynamischer Bewegung heute fortwirkt, ist schwer abzuschätzen. Was man aber generell sagen kann, ist, dass politisch linke

Strömungen oder Parteien in den Staaten der EU eher schwach sind. Man sollte hier jedoch vergangener, und wohl doch eher nur vermeintlicher organisatorischer Stärke früherer linker Parteien zu Zeiten der Aufbruchphase in den 1970er Jahren nicht nachtrauern. Eher wäre positiv hervorzuheben, dass die verunsicherten BürgerInnen auch noch nach fast vierzig Jahren eines neoliberalen Rollbacks die Errungenschaften der früheren sozialstaatlichen Demokratien immer noch verbissen verteidigen und dass die alten Versprechungen auf eine sozialstaatliche Demokratie die Menschen an den Rändern Europas immer noch bewegen.

Andererseits ist es unbestreitbar, dass angesichts eines ausgebliebenen Kurswechsels und einer Politik des „Weiter-so“ die krisenhaften Entwicklungen in den Feldern von Ökonomie, Ökologie und Politik sich nicht auflösen sondern vielmehr weiter aufschaukeln werden. Zinn (2015b, 107) spricht völlig zu Recht von „semichaotischen Auswirkungen des Neoliberalismus“. Wenn er mit seiner Analyse einer ökonomischen Refeudalisierung des Kapitalismus angesichts des erkennbaren Endes seiner industriekapitalistischen Wachstumsdynamik Recht hat; und wenn diese Entwicklung mit den von soziologischer Seite diskutierten Refeudalisierung (Neckel 2013) zusammengedacht wird, läuft das auf die Frage zu, was dies eigentlich im Hinblick auf die Krise der Politik bedeutet. Die von mir in diesem Buch vertretene These lautet, dass Refeudalisierung da in Gesellschaften mit fortschreitend weiter vertieften sozialen Spaltungsprozessen darauf hinauslaufen muss, dass das demokratische Projekt der Moderne selbst schließlich der Einsatz sein wird, um den es in den kommenden sozialen Auseinandersetzungen geht. Und in diesem Zusammenhang ist es wichtig, zu betonen, dass der Neoliberalismus, gerade auch in den Wurzeln seiner ordoliberalen deutschen Variante zutiefst durch ein antidemokratisches Denken geprägt gewesen ist.

Das führt zu einer Reihe von Fragen, die ich mir beim Schreiben dieses Buches gestellt habe. Insbesondere habe ich mich gefragt: (1) Wie Krisenzeiten zu Erkenntniszeiten werden können; (2) was in diesem Zusammenhang heute von den Gesellschaftswissenschaften zu erwarten ist und (3) wie sich selbst mich als Intellektueller in dieser allgemeinen Lage verstehe.

Die erste dieser Fragen hat Oskar Negt in einem Interview im Jahr 2011 aufgeworfen und pointiert beantwortet: Seine These lautet, dass Krisenzeiten nur dann Erkenntniszeiten sein können, „wenn die Menschen Alternativen zum Bestehenden wahrnehmen. Wenn gewissermaßen eine Kraft oder Organisation vorhanden ist, die ihnen signalisiert, dass das Lernen aus der Krise Folgen haben könnte für die Bekräftigung dieser Alternative“ (Negt

2011, 53). Angesichts der umrissenen allgemeinen Lage könnte man da leicht entmutigt werden. Im Blick auf die Akteure im herrschenden Politikbetrieb und in den Medien, als der „vierten Gewalt“ liegt es nahe von Elitenversagen zu sprechen. Aber man sollte nicht vergessen, was einige wissenschaftliche Beobachter im Blick auf die neuen sozialen Protestbewegungen festgestellt haben (s. O.): Den neuen Formen des Zusammenhandelns sind Prozesse des Zusammen-Denkens vorausgegangen, und weitere des Nach-Denkens sind seither im Gange. Die etablierten Parteien des herrschenden Politikbetriebs mögen davon wenig tangiert worden sein – und selbst neue Parteien, die aus solchen Bewegungen heraus stark geworden sind, mögen sich in einem nur spannungsreichen Verhältnis zu diesen Bewegungen entwickeln können, wenn sie sich, wie Syriza in Griechenland, in die Zwänge dieses Politikbetriebs hineinziehen lassen (müssen) (Azzellini 2015) – gleichwohl sind neue Entwicklungen ausgelöst worden. Es entsteht ein neues Denken, und es werden – wie in allen Bewegungen seit Beginn des demokratischen Projekts der Moderne – von neuem „Gegeneliten“ sichtbar, die sich an die auch radikaldemokratischen Wurzeln dieses Projekts erinnern (Arendt 1974 und 1978/79, Graeber 2012) Weder der „Turnaround“ der Labour Party im UK noch die Präsidentschaftskandidatur von Bernie Sanders in der Demokratischen Partei der USA wären in den Formen, in denen sie sich heute vollziehen, ohne die Protestbewegungen und deren längerfristige und tiefgreifende Folgen denkbar.

Im Übrigen hilft ein Schimpfen auf die Politik nicht weiter. Außerdem ist für wissenschaftliche Beobachter ein (selbst)kritischer Blick in Bezug auf die Sozialwissenschaften dringend angebracht. Immanuel Wallerstein – ein hoch angesehener Kollege in unserem Fach, der ja immerhin Vorsitzender der Gulbenkian-Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften gewesen ist (Wallerstein 1995) – hat im Ergebnis dieser Kommissionsarbeit davon gesprochen, dass es gelte „die Sozialwissenschaften kaputtzudenken“ (Wallerstein 1996). Aus meiner Sicht ist diese Aufforderung nicht zuletzt als eine scharfe Kritik an selbstreferentiellen und zugleich selbstbescheidenen Ausdifferenzierungen in unterschiedliche spezialdisziplinäre Diskurse zu interpretieren. In der verschrifteten Fassung eines am 09.03. 2000 in Wien gehaltenen Vortrags über „die Sozialwissenschaften im Zeitalter des Übergangs“ hat Wallerstein, nochmals verschärfend davon gesprochen, dass diese Sozialwissenschaften seit 1990 weltweit „in einem jämmerlichen Zustand“ seien – und dabei auf die Verwendung des Begriffs der Globalisierung verwiesen, der „Sand in unseren Augen“ sei (Wallerstein 2004,74). Und jüngere Einschätzungen von im Hinblick auf ihre Kapitalismuskritik durchaus weniger exponierten Kollegen, so etwa von Mario Rainer Lepsius (2003 und 2008) oder Reinhardt Brandt (2011), geben wenig Anlass zu einer freundlicheren Beurteilung der Lage. In

Zeiten einer Ökonomisierung der Universität, die einen „akademischen Kapitalismus“ hervorbringt, (Münch 2011), gekennzeichnet u.a. durch kurzatmige und marktnahe Drittmittelforschung und zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse, ist es zudem für die Wissenschaft, die, wie Bourdieu 1984 gesagt hat, Widerstände hervorrufen sollte, nicht so leicht „die Respektlosigkeit gegenüber jeglicher Macht“ (Bourdieu a. a. O., 88) als grundlegende Dimension ihrer Rolle durchzuhalten.

Mehr und besser fundierte Analysen der gegenwärtigen Lage sind also nötig – und sie müssen, wenn Brandt (2011) mit seiner Einschätzung der deutschen Universitäten nach Bologna Recht hat – eben von Wissenschaftlern beigebracht werden, die sich an den in unserer modernen „Wissengesellschaft“ an zunehmend durch ein neoliberal ökonomisiertes Denken geprägten Universitäten behaupten und deshalb selbst als „Partisanen der Erkenntnis“ (a. a. O.197) begreifen müssen. Noch größer ist jedoch die Herausforderung, unter solchen Bedingungen, nach vorne zu denken. Denn nicht nur die Politik ist, wie Bourdieu zutreffend festgestellt hat, einigermaßen unfähig, die feinen seismographischen Veränderungen, die schließlich zu großen Beben führen werden, frühzeitig angemessen zu erkennen; auch die Sozialwissenschaften haben sich in dieser Hinsicht schon immer als wenig leistungsfähig erwiesen - und das liegt nicht allein an der Beschaffenheit ihrer Gegenstände, für die eben gilt, dass sie, verglichen mit denen der Naturwissenschaften, besonders „flüchtig“ und hinsichtlich ihrer weiteren Entwicklung immer zukunfts offen sind. Eine Rolle spielt hier auch, dass soziale Konflikte, mit denen tiefgreifende Veränderungen immer verbunden sind, nie ihr bevorzugtes Thema waren. Und wenn ihnen doch einmal größere Aufmerksamkeit zugewandt wurde, dann im Mainstream sozialwissenschaftlicher Forschung eher im Hinblick auf ihre funktionale oder disfunktionale Bedeutung für eine weitere stabile gesellschaftliche Entwicklung. Das Erfordernis des (Zusammen-)Denkens und Handelns von Sozialwissenschaften und außerwissenschaftlicher Praxis stellt sich damit umso dringlicher.

Damit nähere ich mich nun meinen sehr persönlichen Motiven, die meine Arbeit der letzten Jahre bis hin zum schreiben dieses Buches maßgeblich bestimmt haben. Und auch dazu soll in dieser Einleitung etwas gesagt werden. Ich halte es hier mit Pierre Bourdieu, der 1984 in einem Interview gesagt hat, er sei „immer wieder von der ein wenig indezenten Naivität erstaunt und bisweilen schockiert, mit der die Spezialisten der Reflexion, die die Intellektuellen doch sind, ihre sozialen Antriebe ignorieren.“ Er könne „nicht umhin, darin einen professionellen Fehler zu sehen“ (Bourdieu 2005, 91). Meine eigene Arbeit als Sozialwissenschaftler – immer anwendungsorientiert forschend und deshalb interdisziplinär orientiert - ist freilich, unausweichlich, doch auch sozialwissenschaftlich begrenzt

gewesen. Vor allem aber haben die Mechanismen des Wissenschaftsbetriebs, die Brandt und Münch scharf und zutreffend analysiert haben, sich als Zwänge geltend gemacht, mit denen nicht leicht umzugehen ist. Ich habe das nach dem Ende meiner Erwerbstätigkeit in einer rückblickenden Bilanz von 38 Berufsjahren, die den weiteren Blick nach vorne schärfen sollte, systematischer reflektiert (Martens 2013a). Mit neuen Chancen nach dem Ende der Zwänge meiner Erwerbstätigkeit und mit so einigen Erfahrungen mit einem Wissenschaftsbetrieb, dem manche kluge Beobachter, wie oben erwähnt, inzwischen ja durchaus auch seine eigene Krise bescheinigen, habe ich danach im Rahmen meiner Möglichkeiten weiter gearbeitet. Die neue Unabhängigkeit schafft privilegierte Chancen, aber auch begründete Sorgen, sich zu überheben.

Frei von den Zwängen drittmittelfinanzierter Forschung - und damit auch von bisweilen unumgänglichen taktischen Rücksichtnahmen - z.B. auf diese oder jene Forschungsförderungseinrichtung oder den einen oder anderen Gutachter, mit dem da zu rechnen war -, aber auch von dem „Tunnelblick“ spezialdisziplinärer Selbstbegrenzung, der so gefördert wird, sehe ich mich heute in der Lage, mehr als zuvor über Disziplingrenzen hinauszusehen und die sozialen Antriebe meiner eigenen Arbeit zu reflektieren. Andererseits bin ich von einigen der früher engen Kooperationen in „primären Forschergruppen“ - und damit den Anregungen, aber auch der wichtigen kritischen Begleitung der eigenen Arbeit abgetrennt. Außerdem bewege ich mich noch mehr als schon während meiner Berufsbiographie in einem anwendungsorientiert ausgerichteten Forschungsinstitut am Rande des Wissenschaftssystems. Ich bin von daher in spezifischer Weise mit dem Problem konfrontiert, Aufsätze in einschlägigen wissenschaftlichen Zeitschriften zu platzieren. Dabei werden die Schwierigkeiten als Sozialwissenschaftler, der in 38 Berufsjahren in der Regel – unbeschadet aller eigenen Ansprüche auf Praxisnähe – doch eher begrenzt auf eine spezialwissenschaftlich interessierte Teilöffentlichkeit geschrieben hat, nun umso größer. Wenn ich versuche, nunmehr für weiter ausholende Arbeiten in einschlägigen „referierten“ wissenschaftlichen Zeitschriften Aufmerksamkeit zu finden, was mir früher, allerdings in großen zeitlichen Abständen, immerhin ein paar Mal gelang, stoße ich, wenig überraschend, auf einige Schwierigkeiten. Die Umbrüche der Zeit sind, wie oben ausgeführt, am Wissenschaftsbetrieb nicht spurlos vorübergegangen: Es geht gerade auch auf dem Zeitschriftenmarkt um Benchmarks und Karrieren. Die wissenschaftliche ‚Zweitwährung‘ der Reputation ist von einiger Bedeutung. Die Diskurse folgen Forschungskonjunkturen. Und die Reakademisierung der Forschung im Zeichen einer neuen „Wissenschaftsfreiheit“ des „Akademischen Kapitalismus“ (Münch 2011) zeitigt Folgen. Die spezialdisziplinären akademischen Diskurse sind im Zuge dieser Entwicklung nicht gerade politischer geworden. In meinen für den wissenschaftlichen

Diskurs gedachten Aufsätzen bin ich dann zwar bereit, mich spezialdisziplinär zu begrenzen, aber gerade die Entpolitisierung der Debatten bin ich nicht bereit mit zu vollziehen. Ganz im Gegenteil ist es eines meiner treibenden Motive, als Wissenschaftler gerade dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Durchaus erfolgreich bin ich in den letzten Jahren immerhin mit einigen Buchveröffentlichungen in linken Verlagen - darunter meinem „Hausverlag“, dem „Westfälischen Dampfboot“ oder eben im VSA-Verlag. Aber ich blieb bislang erfolglos mit allen Versuchen, daneben für Essays oder eher literarische Texte auch einmal das Interesse eines größeren Verlags zu wecken. Ich bleibe also letztlich auf eine klar eingegrenzte „linke Öffentlich“ begrenzt, sehe mich aber auch ermutigt durch die einen oder anderen positiven Resonanzen – sei es von WissenschaftlerkollegInnen, sei es aus dem Bereich der außerwissenschaftlichen Praxis. Und – das gilt es nachdrücklich zu betonen - ich arbeite und schreibe auch nach meinem Ausscheiden aus dem Wissenschaftsbetrieb nicht als Einzelner: Phasenweise gelingt es, die Kontakte zu meiner letzten „primären Forschungsgruppe“ zu reaktivieren, die stetige Mitarbeit im Forum neue Politik der Arbeit liefert Anregungen und wichtige Feedbacks, und das gilt ebenso für manche Arbeits- und Diskussionszusammenhänge mit Akteuren der außerwissenschaftlichen Praxis, oder im Zuge der Diskussion der Artikel, die ich in eher politischen Zeitschriften veröffentliche.

Gleichwohl lässt sich nicht bestreiten, dass die stetige „Fortschreibung“ meiner Homepage, die ich bei Ende meiner Erwerbstätigkeit 2010/11 eingerichtet habe und auf der sich die Zahl der dort eingestellten Aufsätze und Essays von zu Anfang dreißig auf mittlerweile über sechzig mehr als verdoppelt hat, als eine Art Kunst der Aushilfen das wichtigste Element meiner Publikationsstrategie ist. Und hier gibt es - eher seltener, hin und wieder aber doch auch - ermutigende Feedbacks, über die ich dann in meinem Blog berichte. Angesichts einer einigermaßen uniformen öffentlichen Meinung in den Leitmedien unserer Gesellschaft – was Hannah Arendt (1974,294) zufolge geradezu auf den Tod der Meinungsfreiheit schließen lässt – sind alle diese Arbeitszusammenhänge und Feedbacks überlebenswichtig. Ohne sie geriete man ja, wie Arendt schreibt, in die große Gefahr, sich mittels der eigenen Urteilskraft schon fast selbst keine eigene Meinung mehr bilden zu können. In unseren Zeiten eines „neoliberalen Einheitsdenkens“ - mit dem das Programm der 1947 gegründeten Mont Pèlerin Society, die soziale Marktwirtschaft zu vollenden, „bis sie als Ordnungsbild in allen Köpfen lebt und als selbstverständlich empfunden wird“, so erfolgreich durchgesetzt worden ist, dass es der veröffentlichten Meinung weitestgehend entgeht, dass die heutige freie Marktwirtschaft mit dem vielbeschworenen Bild der „sozialen Marktwirtschaft“ der 1950er Jahre allenfalls noch im Hinblick auf die beiden zugrundeliegenden „spontanen

Philosophien“ eines zutiefst antidemokratischen elitären Politikverständnisses etwas zu tun hat - wird es aber gerade auf die Stärkung kritischer Urteilskraft in höchstem Maße ankommen.

Wenn ich so als einzelner meine Texte schreibe und dabei vom (Zusammen) Denken und Handeln im Rahmen eines arbeitspolitischen Arbeitszusammenhangs profitiere und diesen zugleich vielleicht ein wenig mit voranbringe, bin ich mir über die Grenzen dieser Anstrengungen durchaus im Klaren. Gleichwohl gilt mit Immanuel Wallerstein, dass in unserer chaotischen Welt „jede Nano-Aktion in jedem Nano-Moment und in jedem Nano-Bereich das Ergebnis“ weiterer Entwicklungen beeinflussen wird. Insofern scheint es mir berechtigt zu sein, sein Bild vom Schmetterling, der einen Wirbelsturm auslösen kann zu bemühen, denn, wie Wallerstein schreibt:

in dem offenen „Übergang zu einer neuen Weltordnung sind wir alle kleine Schmetterlinge, deshalb hängt die Chance, die Spaltung (unserer Welt H. M.) in unsere Richtung zu entscheiden, von uns ab. Es steht dabei 50 zu 50. Daraus folgt, dass unsere Anstrengungen als Aktivisten (oder als Wissenschaftler, Schriftsteller oder Bürger H. M.) nicht nur nützlich sind: sie sind wesentlich in unserem Kampf für eine bessere Welt“ (Wallerstein 2014, 621).

- **Die thematischen Felder des vorliegenden Buches**

Die in diesem Buch zusammengestellten und in drei Blöcke gegliederten Texte sind in den Jahren 2013 bis 2016 entstanden. Sie wurden für diese Buchveröffentlichung neu durchgesehen, gegeneinander abgeglichen und z.T. redaktionell überarbeitet. Unter anderem galt es, Redundanzen zu vermeiden. Auf der anderen Seite sollten aber auch alle Kapitel für sich gut lesbar bleiben. Substanzielle Veränderungen erwiesen sich an keiner Stelle als erforderlich. Die Analysen zur Europakrise, insbesondere im Hinblick auf Ansatzpunkte für eine neue Politik der Arbeit (Teil II), zu den mit den ökonomischen, sozialen und politischen Krisenprozessen und Umbrüchen verknüpften Refeudalisierungsprozessen (Teil III), sowie zu den Perspektiven einer Demokratisierung von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft gegen das neoliberale Konzept einer „Marktkonformen Demokratie und den damit verbundenen philosophischen Hintergrundüberlegungen (Teil IV) lassen so in der hier getroffenen Zusammenstellung auch die Entwicklung meiner fortgesetzten Auseinandersetzung mit den multiplen Krisenentwicklungen unserer Zeit erkennen. Von den Thesen zur Krise der EU zum Zeitpunkt der Europawahlen 2014 (II.1.) bis hin zu den Thesen zum Stellenwert einer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ als Alternative zur „Marktkonformen Demokratie“ und Perspektive gegen politische

Refeudalisierungsprozesse“ (IV.1) , die Anfang 2016 geschrieben worden sind, ergibt sich eine aus meiner Sicht schlüssige Argumentationslinie. Die abschließenden Überlegungen zur Notwendigkeit und Möglichkeit „Politischer Subjektivierung für ein reifes zivilisatorisches Modell“ sind in diesem Buch der älteste, 2013 geschriebene Text. Abgesehen von einigen redaktionellen Änderungen und aktualisierenden Ergänzungen, im Sinne von Rückbezügen auf die voranstehenden neueren Texte, konnte ich ihn fast unverändert belassen. Gleichwohl fasst er die soziologischen, ökonomischen, politikwissenschaftlichen und philosophischen Überlegungen, die in diesem Buch entwickelt werden, bündig zusammen. Mithin sehe ich mich nach Abschluss der Arbeiten an dem vorliegenden Buch in der zielführenden Systematik meiner Arbeit der letzten Jahre recht gut bestätigt.

In Teil II diskutiere ich zunächst in drei Kapiteln am Beispiel der Europakrise die Grenzen des neoliberalen Projekts. Es geht hier um einen Themenkreis, der unmittelbar auf den Nägeln brennt und zu dem ich mich - vor dem Hintergrund einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema über die vergangenen sechs Jahre hinweg - einigermaßen fundiert äußern kann; denn im Rahmen des Forums Neue Politik der Arbeit, war die Europakrise in diesem Zeitraum das bestimmende Thema aller Jahrestagungen. Die drei Kapitel beruhen auf Aufsätzen aus den Jahren 2014 und 2015. Alle wurden für diesen Band noch einmal redaktionell überarbeitet.

Das Kapitel *„Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik“* wurde in seiner ursprünglichen Aufsatzfassung im Herbst 2014 von der SPW veröffentlicht. Es bündelt Zuarbeiten und Ergebnisse der FNPA-Jahrestagung vom Frühjahr des gleichen Jahres und prüft sie noch einmal vor dem Hintergrund der Wahlen zum Europäischen Parlament im Herbst 2014. Thematisch liegt der Fokus auf den arbeitspolitischen Herausforderungen in Folge der fortgesetzten Austeritätspolitik. Die Griechenlandkrise, die nach dem Wahlerfolg von Syriza die öffentlichen Debatten in der ersten Jahreshälfte 2015 bestimmen wird, kündigt sich erst an und spielt in diesen Thesen noch keine Rolle.

Das folgende Kapitel beruht auf einem Aufsatz im darauf folgenden Jahr, mit dem ich auf die akademische Debatte zur Europakrise reagiert habe, die 2014/2015 im Leviathan geführt worden ist. Ich habe den Aufsatz der Zeitschrift zur Veröffentlichung angeboten und es immerhin in die Begutachtung geschafft – aus meiner Sicht nicht unbeachtlich, habe ich doch in diesem Aufsatz in kritischer Auseinandersetzung mit anerkannten Größen der Profession ziemlich unverhohlen spezialdisziplinäre Engführungen und Selbstbescheidenheiten mehrerer prominenter Beteiligten an dieser Debatte kritisiert. Das Aufsatzangebot ist dann schließlich, nachdem sich das Begutachtungsverfahren über mehr als sieben Monate hingezogen hatte, von

den Herausgebern mit der Begründung abgelehnt worden, er passe in keines der Formate, die die Zeitschrift bediene. Wie der Titel *„Die Grenzen des Habermasschen Vorstoßes und die weitergehenden Engführungen seiner Kritiker - oder: ohne politökonomische Fundierung muss die kurzatmige Habermas-Kritik in Dilemmata enden“* signalisiert, geht die Stoßrichtung meiner Kritik dahin, einen Aufsatz von Jürgen Habermas gegen mehrere Kritiken - von Fritz W. Scharpf (2015a u. b) und Martin Höpner (2015) - zu verteidigen, dabei aber meinerseits zu kritisieren, dass Habermas seinen Kritikern unnötigerweise eine offene Flanke angeboten habe. Meine Argumentation läuft darauf hinaus, dass die Debatte um die Europa-Krise als Krise der Demokratie, ja des demokratischen Projekts der Moderne selbst, unbefriedigend bleibe, wenn sie seitens der Habermas-Kritiker in der Konstatierung von Dilemmata des herrschenden Politikbetriebs ende. Angesichts ihrer fortgesetzten Verschleppung, und potentiellen Verschärfung, durch das Kaufen von Zeit bleibe die Krise ja auf der Tagesordnung. Doch statt der defensiven Orientierung von Habermas selbst, der auf die Bewahrung von Sozialstaatlichkeit zielt und dabei von den bestehenden europäischen Institutionen her denkt, bedürfe es einer offensiveren Argumentation. Das gelte nicht nur im Hinblick auf die zugrundeliegenden ökonomischen Krisenprozesse, die insbesondere in den Repliken auf den Beitrag von Habermas bemerkenswert vernachlässigt blieben. Es gelte vielmehr auch für die demokratiethoretische Dimension der Debatte. Eine Politisierung der EU zu diskutieren, setzte voraus, die weitere Entwicklung der Krise der Politik zwischen Elitenherrschaft oder radikaler Demokratie grundsätzlicher als Herausforderung zu einer neuerlichen Demokratisierung von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft aufzuwerfen.

Der Dritte Aufsatz *„Europakrise und neuer Protestzyklus – Impuls auch zur Erneuerung der Gewerkschaften?“* entstand im Sommer 2015 nach dem Höhepunkt der Griechenlandkrise und vor dem Hintergrund einer ganzen Reihe deutschsprachiger Veröffentlichungen, in denen die Frage nach dem Beginn eines neuen weltweiten Protestzyklus diskutiert worden ist. Eine Kurzfassung dieses Aufsatzes erschien im November 2015 in der Zeitschrift *„Sozialismus“*. Die Langfassung habe ich parallel dazu auf meiner Homepage eingestellt. Sie liegt dem Kapitel zugrunde. Nachdem die Jahrestagung 2015 des FNPA über *„Gewerkschaften in Europa“*, wenig überraschend, zu insgesamt ernüchternden Ergebnissen geführt hatte (Bsierske u.a. 2016), schien es mir wichtig, die Entwicklungen in den Gewerkschaften noch einmal von den neuen sozialen Protestbewegungen her zu beleuchten. Der Blick auf das Verhältnis von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen führt zwar zu einer Fokussierung auf wenige Länder (Spanien, Griechenland), erlaubt aber dennoch einige verallgemeinernde Schlussfolgerungen – und dies um so eher, als mein Blick hier durch eigene langjährige Gewerkschaftsforschung in Deutschland, u.a. auch unter diesem Blickwinkel -

geschärft ist. Zudem ist die Orientierung auf die neuen sozialen Protestbewegungen vor dem Hintergrund meiner Kritik an der Debatte im Leviathan naheliegend.

Teil III führt zum Kern der in diesem Buch entfalteten Argumentationen, also zu meiner Sicht auf die Krise des demokratischen Projekts der Moderne und zu meiner These, dass mit den inzwischen unübersehbaren Tendenzen zu einer Refeudalisierung der „fortgeschrittenen“ westlichen Gesellschaften – oder in den Worten Hannah Arendts (1974, 278) der „atlantischen Zivilisationsgemeinschaft“ - die Demokratie selbst der Einsatz wird, um den es in den kommenden Auseinandersetzungen geht, wobei durchaus die Gefahr besteht, dass Herrschaft den politischen Raum als Raum der Freiheit zerstört (Arendt 1974, 37 und 1993, 28ff).

In Kapitel III.1. entfalte ich aus diesem Blickwinkel heraus meine Kritik „*gegen den marktkonformen Weg zur Postdemokratie*“ und plädiere stattdessen für eine „*Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft*“. Es geht mir darum, die „marktkonforme Demokratie“, von der die Bundeskanzlerin in ihrer Davoser Rede von 2013 gesprochen hat, in den Kontext des Elitendenkens der Vordenker des Neoliberalismus zu stellen. Denn erst so wird sichtbar, dass die geforderte Anpassung der Demokratie an die „freie Marktwirtschaft“ Teil eines elitären, im Kern zutiefst antidemokratischen Denkens ist. Weiter gilt es, sich hier klar zu machen, dass das ökonomische Denken der Neoliberalen, wie das aller Wissenschaft, untrennbar mit einer „spontanen Philosophie“ verknüpft ist – und die ist in diesem Fall den Ideen der europäischen Aufklärung klar entgegengesetzt! Es gilt deshalb, an die „philosophischen Konzepte der europäischen Aufklärung“ anzuknüpfen, die heute, wie Frieder O. Wolf (2012b, 119) zu recht geschrieben hat, „mit der Entgrenzung der Diskurse (...) zu Wiedergängern (werden), deren Gespenster zunehmend die zeitgenössischen Debatten unsicher machen“. Ich umreiß dazu in diesem Kapitel zunächst in einem ersten Schritt meine Überlegungen zu einer weiter fortschreitenden Demokratisierung unserer Gesellschaft durch die Demokratisierung auch der Sphären von Arbeit und Wirtschaft.

In Kapitel III. 2. vertiefe ich die philosophischen Überlegungen, die für mich in diesem Zusammenhang maßgeblich sind. Es geht nun um „*die Krise des demokratischen Projekts der Moderne im Licht der Analysen von Helmuth Plessner und Hannah Arendt*“. Auch hier liegt ein Aufsatz zugrunde, den ich vergeblich mehreren sozialwissenschaftlichen Zeitschriften angeboten habe; und auch hier war der Ablehnungsgrund in einem Fall, dass er nicht in das Format der Zeitschrift passe. Meine zentrale These lautet, dass Plessners Verständnis einer unumgänglichen Herrschaft von Funktionseliten nie einer – bei Plessner im Sinne von Karl Mannheim radikaldemokratisch gedachten -

Durchlässigkeit bei der Elitenbildung auflagerte und die Angehörigen der gesellschaftlichen Eliten den Demos immer in herrschaftlicher Weise behandelt haben. Dagegen eröffnet Arendts Vertrauen in die Möglichkeit des „Wunders der Politik“ in dem Sinne, dass die Menschen zu handelnden Wesen werden, die aussichtsreichere Perspektive auf Weiterentwicklungen von Demokratie „als unendlicher Aufgabe“ (Heil/Hetzel 2006). Das gilt gerade in Zeiten, in denen unverändert beharrlich an Konzepten einer „marktkonformen Demokratie“ gearbeitet wird. Allerdings ist dabei - gegen Arendt, aber durchaus mit Anknüpfungspunkten auch in ihren Schriften – gerade wegen der aktuellen Entwicklungen von Erwerbsarbeit auch eine weitertreibende Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft ins Auge zu fassen.

In Kapitel III. 3. komme ich dann auf neuere empirische Untersuchungen zurück, von denen her die These der „Refeudalisierung“ - im Sinne von Habermas „nicht als Wiederkunft einer historisch längst vergangenen Epoche, (sondern als...) eine prozessierende Selbstwidersprüchlichkeit“ des gegenwärtigen Epochenbruchs sichtbar wird (Neckel 2010, 14). Dabei geht es zum einen um die sich weiter vertiefenden gesellschaftlichen Spaltungsprozesse, die soziologisch hinter der fortschreitenden „Postdemokratisierung“ mittels sie neu legitimierender Werte, vorantreibender gesellschaftlicher Dichotomien oder des Wandels von öffentlich gesicherter Wohlfahrt zu privater Wohltätigkeit zu entdecken sind (Neckel). Zum anderen geht es um Veränderungen, die mit dem ökonomischen Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik verknüpft sind (Zinn) – etwa dort, wo es um die Frage geht, wie angesichts einer solchen Entwicklung mit der strukturellen Arbeitslosigkeit umgegangen werden und wie nunmehr der weiterhin privat angeeignete gesellschaftliche Reichtum verwendet werden soll, der reinvestiert nicht länger die gewohnten Renditen erwarten lässt. Hier hängt viel davon ab, ob der Blick auf den Mangel von Erwerbsarbeit oder auf die Chancen der gesteigerten Reichtumsproduktion gerichtet ist. Meine Argumentation geht dahin, dass hier die einfache Orientierung auf eine „Aufhebung des Gegensatzes zwischen freier Zeit und Arbeitszeit“ (Marx 1939/41, 599f), an die z.B. Michael Hirschs (2015) Überlegungen zu einer „Überwindung der Arbeitsgesellschaft“ anknüpfen, den multiplen Krisenprozessen nicht gerecht wird. Meine These läuft darauf hinaus, dass es demgegenüber unumgänglich ist, zunächst den politischen Charakter der mittlerweile unbestreitbar ablaufenden Refeudalisierungsprozesse schärfer herauszuarbeiten und dann stärker ins Zentrum der weiteren gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu rücken. Dazu erscheinen mir in einem ersten Schritt Immanuel Wallersteins (2014) Überlegungen zu „Vergangenheit und Zukunft der globalen Linken“ anregend zu sein.

In den beiden Kapiteln des abschließenden Teils IV setze ich dazu in zwei

unterschiedlichen Schritten an. In Kapitel IV. 1. geht es zunächst erneut um eine „*Neue Wirtschaftsdemokratie*“ – vielleicht das Thema zu dem ich in den vergangenen sechs Jahren am beharrlichsten gearbeitet habe (u. a. Martens/Scholz 2011, Martens 2010, 2011, 2012 und 2015b und e) - als Perspektive gegen politische Refeudalisierungsprozesse. Dem Kapitel liegt ein Thesenpapier zugrunde, das ich Anfang 2016 zur Vorbereitung eines Versuchs des Forums „neue Politik der Arbeit“ geschrieben habe, eine Debatte zu diesem Thema, insbesondere innerhalb der Gewerkschaften, neu in Gang zu bringen. Heute ist unter dem Druck fortwährender Restrukturierungen der Produktion - die der ökonomischen Logik stetig gesteigerter Werterzeugung entsprechen sollen und gegen die die Logik der lebendigen Arbeit zunehmend schwerer zu behaupten ist – zwar eine „Flucht nach vorn“ (Lehndorff 2012b) zu verzeichnen; und mit der sind ganz handfest neue Impulse für eine Demokratisierung von Arbeit verknüpft (Fricke/Wagner 2012, Georg/Peter 2016). Aber die nach der „Zeitenwende“ 2008 ausgelösten vorsichtigen gewerkschaftlichen Debatten um eine darauf aufbauende und über sie hinausgehende Demokratisierung der Wirtschaft sind doch rasch wieder verebbt. Die wissenschaftlichen wie gewerkschaftlichen Diskussionen werden deshalb in diesem Kapitel im Blick nach vorne erneut pointiert zusammengefasst.

In Kapitel IV. 2. geht es abschließend darum, diese konkrete Perspektive „*politischer Subjektivierung für ein reifes zivilisatorisches Modell*“ – die aber im weiteren Dialog zwischen Wissenschaft und außerwissenschaftlicher Praxis dringlich weiterer Konkretisierung bedarf – noch einmal grundlegender in den philosophischen Diskurs einzubetten, mit dem das demokratische Projekt der Moderne selbst untrennbar verknüpft ist. Dem Kapitel liegen ein Vortrag und ein Aufsatz aus dem Jahr 2013 zugrunde, in denen ich insbesondere die philosophischen Überlegungen aus meinem letzten, 2014 erschienenen Buch (Martens 2014a) pointiert zusammengefasst habe. Seinerzeit habe ich - verknüpft mit einer ausführlichen Darlegung der ökonomischen, ökologischen und politischen Krisenprozesse in der Folge des neoliberalen Rollbacks – dafür plädiert, so unterschiedliche Denkerinnen wie Helmuth Plessner, Hannah Arendt, Norbert Elias, Michel Foucault und Jacques Rancière zusammen und weiter zu denken. Ich habe diese Überlegungen später in verschiedenen Texten, die auf meiner Homepage zu finden sind, weiter vertieft. Als Abschlusskapitel dieses Buches habe ich den verschrifteten Vortrag, wie schon erwähnt redaktionell überarbeitet, aber auch ein wenig erweitert. Schließlich galt es zum einen die seit 2013 weitergeführten Krisendebatten zu berücksichtigen, die ich seither vor allem hinsichtlich der ökonomischen und politischen Krisenentwicklungen weiter verarbeitet habe. Zum anderen wollte ich in dem Text, der mir so ohne substanzielle Veränderungen der ursprünglichen Argumentation als Schlusskapitel dieses Buches sehr geeignet erscheint, auch meine seit 2013

fortgeführten philosophischen Auseinandersetzungen mit den „wie Gespenster umhergeisternden philosophischen Konzepten der Aufklärung“ berücksichtigen. In diesen Zusammenhang gehört für mich vor allem die systematische Auseinandersetzung mit Denis Diderot (Blom 2010, Martens 2014e). Solche philosophischen Erörterungen nehmen in diesem Buch sonst nur in Kapitel III.2. einen etwas breiteren Raum ein, sind aber doch durchgehend als philosophische „Grundierung“ meiner soziologischen, ökonomischen und politikwissenschaftlichen Überlegungen höchst bedeutsam.